



**Bewegung für
den Sozialismus**

Ein Jahr nach der Katastrophe von Fukushima

AKW Mühleberg vom Netz ...und viel weiter!

Die noch immer andauernde Havarie des Atomkraftwerkes Fukushima I hat vor einem Jahr seinen Anfang genommen und rund 100'000 Menschen zu Strahlenflüchtlingen gemacht. Die Bergung des radioaktiven Materials der Reaktoren wird laut Experten noch Jahrzehnte dauern und kontaminierte Landstriche und Meeresböden werden an die nächsten Generationen vererbt. Die Zahl der Strahlenopfer ist bis heute nicht abschätzbar.

In den Monaten nach dem GAU von Fukushima demonstrierten weltweit – auch in der Schweiz – Hundertausende gegen diese gefährliche und zerstörerische Tech-

nologie. Und das mit Erfolg! In Deutschland musste die Politik, nach dem 2010 der Wiederausstieg des Atomausstiegs von 2000 bekannt wurde, zum zweiten Mal den Atomausstieg ankündigen. In der Schweiz spricht man von einem Ausstieg bis ins Jahr 2034. Wie aber genau das Beispiel Deutschland zeigt, darf man sich mit diesem Zwischenergebnis nicht zufrieden geben: Nicht nur hat Deutschland einen Ausstieg des Ausstiegs rückgängig machen müssen, nein es wird nun die Kritik an der Atomenergie als Argument für den Bau von neuen Kohlekraftwerken genutzt – ebenfalls eine Energieform mit katastrophalen Aus-

wirkungen für Mensch und Umwelt. Auch in der Schweiz ist der Atomausstieg alles andere als gesichert und die Vehemenz, mit der PolitikerInnen diesen Ausstieg fordern, ist in den letzten Monaten stärker abgeklungen als die atomaren Strahlungen in Fukushima.

Den Widerstand aufrecht erhalten

Deswegen ist es notwendig sich mit dem Ausstiegsversprechen des Bundesrates nicht zufrieden zu geben und in diesem Sinne für eine sofortige Schliessung von Mühleberg zu kämpfen! Dies darf aber nicht bedeuten, dass man stattdessen auf Drecksschleudern wie Koh-



Diskussionsveranstaltung!
Soziale Realität und Widerstand in den USA

mit **Sherry Wolf**, Mitherausgeberin der International Socialist Review (Chicago-New-York). Autorin des Independent Politics: „The Green Party Strategy Debate“

Dienstag 20. März 2012, 19.30 Uhr,
Volkshaus Zürich, Grüner Saal
Stauffacherstrasse 60, 8004 Zürich



lekraftwerke setzt. Genauso wenig reicht es aus, ausschliesslich auf den Ausbau erneuerbarer Energien zu pochen, denn der steigende globale Energieverbrauch kann auch damit nicht vollständig gedeckt werden. Zudem ist keine Energieform (auch nicht eine erneuerbare) vollkommen sauber und unbedenklich – weder die Produktion von 99.999999 % reinem Silizium für die Photovoltaik, wo prozessbedingt Kohlenmonoxid freigesetzt wird und pro kg absolut reinem Silizium 19 kg Abfall und Nebenprodukte entstehen, noch die Turbinierung jedes Baches, was sich zur Zeit wirtschaftlich nur lohnt, wenn der Staat Subventionen dafür ausspricht.

Weiter sind Atommüll und Treibhausgas-Emissionen bei weitem nicht die einzigen Probleme und Fragen, die mit der Energieproduktion verbunden sind. Es geht dabei auch um die Frage des generellen Ressourcenverbrauchs; um die Vergiftung von Gewässer, Böden und Luft; um Grosseingriffe in die Ökosysteme und die damit verbundene Zerstörung der Biodiversität etc.

Für eine nachhaltige und gerechte Gesellschaft!

Der steigende Energiehunger unserer Gesellschaft muss also kritisch hinterfragt und in Zusammenhang mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem gesetzt werden. Kurzfristig billige Energie zu produzieren wird von der bürgerlichen Ökonomie als wichtiger Motor für Wirtschaftswachstum propagiert. Energieeffizienz ist zwar ein beliebtes Schlagwort, aber von einem effizienten Umgang mit Energie (und anderen Ressourcen) ist unsere Gesellschaft weit entfernt.

Mit Werbung – aber auch durch andere Konsumzwänge unserer Gesellschaft – werden Bedürfnisse geschaffen, die zu einem verschwenderischen Umgang mit Ressourcen führen. Um dieser Verschwendung entgegenzuwirken, reicht es nicht an ein ökologisches Konsumverhalten zu appellieren und somit gleichzeitig die einzelnen Individuen für den weltweit steigenden Energieverbrauch verantwortlich zu machen. Die „grünen“ Energien dienen so nur einer neuen Marktlücke, die gerne

von umweltbewussten Menschen gefördert wird – bis die Preise genug tief werden, dass der normale kapitalistische Prozess von staten geht.

Umgekehrt darf der Zugang zu Ressourcen aber auch nicht durch Marktmechanismen (z.B. hohe Ökosteuern) geregelt werden und so ein Privileg der Reichen sein. Eine Verringerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs muss mit einer wirtschaftlichen Produktionsweise, welche nicht auf Profitmaximierung ausgelegt ist, sowie mit einer weltweit gerechten Verteilung der Güter verbunden sein.

Dies kann nur in einer Gesellschaft erreicht werden in der demokratisch über die Nutzung und Verteilung bestimmt wird. Eine solche Gesellschaft ist nicht die pseudo-demokratische, kapitalistische Gesellschaft, in der das Streben nach immer mehr Profit die wirtschaftliche Produktion bestimmt und keine Rücksicht auf ökologische Schäden und Folgen für die kommenden Generationen genommen wird. Eine ökologische Welt ist auch eine soziale Welt!

Vorankündigung:

Diskussionsveranstaltung mit einer jungen Aktivistin der DEA (Internationalist Worker's Left) aus Griechenland

Zur Situation in Griechenland und dem Widerstand der Bevölkerung gegen die Sparprogramme

Freitag, 13. April 2012, 19 Uhr
Volkshaus Zürich, Sitzungszimmer 22



«Debatte»

bfs | Zeitschrift der Bewegung für den Sozialismus | Winter 2011/2012 | Nr. 19 | Verkaufspreis Sfr. 3.-



Englands Bevölkerung wehrt sich

London (Haberly, 8. August 2011)

Sozialfirmen

Wie und warum mit Erwerbslosen Profite gemacht werden.

Deutschland

Deutschlands Lokführer streiken für bessere Arbeitsbedingungen.

Bleiberecht

Wie viel Autonomie braucht die Sans-Papiers-Bewegung?

Kontakt & Infos:

BFS Zürich, Postfach 3956,
8021 Zürich, PC-Konto 85-507861-5
Webseite: www.bfs-zh.ch
Mailadresse: info@bfs-zh.ch